

## KOMMENTAR

Fußball,  
mach mal Pause!

**Neuer Terminplan** würde anderen Sportarten helfen

BJÖRN JENSEN

• Gut zwei Jahre nach Vergabe der Fußball-WM 2022 an Katar gibt es noch immer viele Menschen, die sich mit der Idee von Spielen unter brennender Wüstenhitze nicht abfinden mögen. Dass der Weltverband Fifa seine – nicht unerheblich von finanziellen Beweggründen getriebene – Entscheidung rückgängig macht, ist jedoch völlig unrealistisch. Umso wichtiger ist es, dass alle, die sich dem beliebtesten Sport der Welt geschäftlich oder emotional verbunden fühlen, endlich beginnen, sich mit den Folgen dieser WM-Vergabe zu beschäftigen.

Wie weitreichend diese sein könnten, zeigt das Denkmodell eines Hamburger Sportvermarkters, der nicht nur die Verlegung der WM in den Winter fordert, sondern auch anregt, dafür dauerhaft den Terminplan der Fußball-Bundesliga zu reformieren. Sein Vorschlag: Durchspielen von März bis Oktober und die vier freien Wintermonate nutzen, um den vielen anderen Sportarten, die unter der Übermacht des Fußballs leiden, mehr Beachtung zu ermöglichen.

Jeder, der in diesen Tagen in den Stadien der Republik friert, muss sich für eine Abschaffung der Sommerpause erwärmen können. Da jedoch der Großteil der Fußbalffans seine Drogem vor dem Bildschirm konsumiert und das Bezahlfernsehen mit seinem Geld die Clubs finanziert, dürfte deren Interesse an einer viermonatigen Spielpause überschaubar sein. Noch viel schwerer wiegt, dass eine Änderung des Terminplans europaweit erfolgen müsste, um die Chancengleichheit in internationalen Wettbewerben zu erhalten. Dass der Engländer auf seinen Weihnachtsball verzichtet oder der Spanier im Hochsommer aufdrückelt? Ausgeschlossen.

Dennoch sollte die Idee nicht leichtfertig verworfen werden. Insbesondere das Eindämmen der Übermacht des Fußballs zugunsten einer Pluralität im deutschen Sport ist ein elementares Anliegen. Dieser Vielfalt ist zunehmend gefährdet, weil Sponsoren und Medien sich zu einseitig auf das Geschäft mit dem Kick konzentrieren. Sollte am Ende der Thron von König Fußball ein wenig wackeln, wäre das das beste Zeichen für das Eigentor, das die Fifa mit der Vergabe der WM an Katar geschossen hat.

Seite 37 Sorgt die WM für eine Sport-Revolution?

## ZITAT DES TAGES

Meine Äußerung ist keinesfalls ein Angriff auf Philipp Rösler. An seiner Kompetenz als Vizekanzler und Parteivorsitzender habe ich keine Zweifel.

Hessens FDP-Landeschef und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn

## PAARUNG

## Junge, warum hast du nichts gelernt?

Volksmusik ist nicht mehr Volksmusik. Heino hat es mittlerweile auch begriffen, Hansi Hinterseer noch nicht

TINO LANGE

• Das Leben ist eine Spielshow, und die heißt „Glücksrad“. Mal geht es mit Schwung zum Gewinn, mal gibt es nicht einmal einen Trostpreis. Hansi Hinterseer, 59, aus Kitzbühel kennt das schon zu Genüge. Bei den Olympischen Winterspielen 1976 in Innsbruck zum Beispiel zählte er im Slalom und Riesenslalom zu den Medaillenkandidaten, aber er hatte Pech.

Glück hatte der blonde Hansi 1993, als er vom Produzenten-Guru Jack White zum Volksmusik-Entertainer aufgebaut wurde. Für einen Spätzündler – Hinterseer war schon fast 40 Jahre alt – legte der damalige Newcomer eine beeindruckende Karriere hin. Seine Alben wie „Wem man sich lieb hat“ (1995) oder „Ich hab dich einfach lieb“ (2010) verkauften sich hervorragend, sogar in Dänemark eroberte er 2010 die Spitze der Albumcharts. Kein Wunder, dass er noch nach einem Jahr mit seiner aktuellen CD „Im siebten Himmel“ war.

Dazu kamen von 2000 an acht Heimatfeste aus der „Da wo...“-Reihe. „Da wo die Berge sind“, „Da wo die Heimat ist“, „Da wo wir zu Hause sind“. Und Hansi musste sich nur selber spielen.



Karikatur: toonpool/CALLERI

## LEITARTIKEL

## Scholz hat ein Problem

Große Mehrheit – für den **Bürgermeister** und für den Volksentscheid

• Es hätte ein perfektes Wochenende für Olaf Scholz, den Senat und die SPD werden können. Der Bürgermeister und seine Regierung erhalten gute Noten, 51 Prozent der Hamburger würden die Sozialdemokraten wählen, wenn an diesem Sonntag Bürgermeisterswahl wäre – mehr geht kaum. Doch Scholz und seine Parteifreunde werden heute und in den nächsten Tagen über etwas anderes sprechen, und das ist für sie alles andere als erfreulich. Die deutliche Mehrheit, die es in der Stadt für den kompletten Rückkauf der Energiemetze gibt, könnte den SPD-Senat zum ersten Mal vor ein ernstes Problem stellen. Jetzt hat auch Olaf Scholz seinen Volksentscheid – und bis September Zeit, die Stimmung in Hamburg zu drehen.

Es ist sicher noch zu früh, „Unser Hamburg – unser Netz“ mit „Wir wollen lernen“ zu vergleichen. Doch Parallelen drängen sich natürlich auf. Genau wie der Volksentscheid gegen die Einführung der Primarschule ist das Projekt zum Rückkauf der Energiemetze professionell organisiert und vorbereitet. In beiden Fällen gab beziehungsweise gibt es in der Bürgerschaft eine breite Mehrheit gegen die Pläne der Initiativen, und in beiden Fällen droht der Regierung eine Niederlage. Bei „Wir wollen lernen“ war diese bekanntlich der Anfang vom Ende des schwarz-grünen Senats unter Ole von Beust und damit der Start der Ära Scholz.

Nun ist die Position des amtierenden Bürgermeisters heute eine andere, als es seines Vorgängers in Zeiten

des Volksentscheids war. Scholz ist stark und beliebt, ein ernst zu nehmender Herausforderer nirgendwo zu erkennen. Die CDU käme in Hamburg derzeit gerade auf 23 Prozent, die FDP wäre nicht einmal mehr in der Bürgerschaft. Scholz und der SPD würde deshalb selbst bei einem aus ihrer Sicht negativen Volksentscheid nicht das Schicksal der schwarz-grünen Koalition drohen. Die Gefahr für den

LARS HAIDER



Der Autor ist Chefredakteur des Hamburger Abendblatts

aktuellen Senat ist eine andere: Sollte Hamburg wirklich das gesamte Energiemetze wieder in Eigenregie betreiben müssen, im Moment hält die Stadt lediglich 25,1 Prozent, müsste man dafür noch einmal eineinhalb Milliarden Euro besorgen. Das wäre ein schwerer (Rück-)Schlag für den Haushalt und die Bemühungen der Regierung, diesen zu sanieren.

Im Notfall, das heißt, wenn der Volksentscheid die erforderliche Mehrheit findet, könnte der Senat den Rückkauf der Netze zwar auf anderen Wegen vermeiden. Besser wäre es aus

Sicht von Olaf Scholz natürlich, wenn es so weit gar nicht kommen müsste. Denn Bürgermeister, die Volksentscheide ignorieren oder nicht umsetzen, werden in Hamburg, einer der Hauptstädte eben solcher Initiativen, sicher nicht an Popularität gewinnen. Kommt hinzu, dass die nächste Abstimmung schon vorbereitet wird: Aktuell machen die Gegner des verkürzten Abiturs mobil, Stichwort: G9.

Der Hamburger Senat wird also in den kommenden Wochen und Monaten bis zum Volksentscheid, der parallel zur Bundestagswahl am 22. September angesetzt ist, einen anderen Wahlkampf machen müssen als geplant. Nicht nur für einen Wechsel in Berlin und den Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, sondern, aus Hamburger Sicht viel wichtiger, gegen den Rückkauf der Energiemetze. Das Duell gegen die Befürworter wird nun tatsächlich die erste große Bewährungsprobe für Olaf Scholz, und es wird interessant zu beobachten sein, mit welcher Strategie und in welchen Bündnissen sich der Bürgermeister der Volksinitiative stellt.

Bliebt zu sagen, dass die Hamburger CDU die geschilderten Probleme von Scholz gern hätte. Dass die größte Oppositionspartei zwei Jahre nach der Wahl immer noch nur knapp über 20 Prozent liegt, ist dramatisch. Noch dramatischer ist, dass man nicht erkennen kann, wie und vor allem mit wem sie das in den zwei Jahren bis zur nächsten Wahl ändern will.

Seite 9 So benennen die Hamburger ihre Politiker

Dies ist der springende Punkt: Die Kampagne ist da, und zwar vom politischen Gegner. Wer sonst sollte ein Interesse daran haben, eine mehr als 30 Jahre alte Doktorarbeit plötzlich überprüfen zu lassen? Die Universität meiner Meinung nach sicherlich nicht. Aber wenn die Prüfungsstelle für Plagiatsvorwürfe Hinweise bekommt, muss sie diesen nachgehen. Noch entscheiden bei uns die Gerichte, ob jemand sich schuldig gemacht hat, nicht die Medien.

## Wolfgang Schneede

## Durcheinander

Wünschenswert wäre eine klare Berichterstattung in den Medien. Wissenschaft und Forschung mögen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob die Anerkennung des Doktoratstifters berechtigt ist oder nicht. Aus Forschung und Wissenschaft habe ich bisher aber nichts gelesen über die Berechtigung eines Rücktritts. Dafür wäre die Wissenschaft nicht zuständig. Auch die Kanzlerin trägt meiner Meinung nach kräftig zum Durcheinander bei, wenn sie Frau Schavan über ihren Regierungssprecher das „volle Vertrauen“ aussprechen lässt. Vertrauen in einen korrekt erworbenen Titel oder in ihre Leistung als Ministerin? Das macht den entscheidenden Unterschied aus.

Dieter Brandes

## Was ist mit SPD-Genossen?

Frau Schavan wäre keine Frau, wenn sie sich nicht mit allen Mitteln gegen den Entzug der Doktorwürde wehren würde. Einen aber allerdings ist doch sehr erstaunlich: Wieso hat noch keiner die Doktorarbeiten der SPD-Genossen kontrolliert? Oder warten die Plagiatsprüfer noch ab, wer denn dann in einer evtl. SPD-Regierung sich mit Doktorwürden umgibt, um dann umso brutaler zuzuschlagen?

Gotthard Kalkbrenner

## Was lief schief?

Bei derartigen Vorwürfen der Universitäten kommt mir immer wieder der Gedanke und die Frage auf, warum der Doktorvater die sogenannte „geistige Schöpferkraft“ der Doktorandin und die angeführten Plagiatsnoten in der Arbeit nicht von Genehmigung der Promotion, jedenfalls stichprobenartig, geprüft hat. Interessant wäre doch, auch diesen Aspekt zu beleuchten: Was ist da in den zurückliegenden Jahren in den Universitäten falsch gelaufen?

Günter Steffen

## Problem Internet

Es ist fast jeder Gedanke schon einmal gedacht und festgehalten worden. Das gilt insbesondere für die weniger auf Fakten und mehr auf Meinungen beruhende Erziehungswissenschaft. Dass eigene Ideen häufig nur in der sprachlichen Umgestaltung angelesene Wissensbestehen, deren Quelle einem auch nicht mehr immer bewusst sein kann, darf nicht vergessen werden. Das Internet wird hier noch manches Problem aufwerfen. Es ist schon merkwürdig, dass sich die aufgedeckten Plagiatsfälle schwergewichtig bei konservativen Politikern abspielen.

## Fragen an Kirchenleitung

7. Februar: „Wenn Moscheen Kirchen ersetzen. Das erste christliche Gotteshaus der Stadt wird umgewandelt. Ein Dammbruch, ein Fanal? Oder ein ungewöhnlicher Ort zum gemeinsamen Gebet“

Kirchenleitungen müssen sich fragen lassen, ob sie die christliche Botschaft den ihnen anvertrauten Gemeinden angemessen verkündet oder interreligiös unangemessen relativiert haben.

Jutta Starke

## Über Bürgerwille hinweg!

7. Februar: „Grüne streiten mit Bürgerinitiative. Abriss von Gründerzeithäusern in Altona sorgt für Filz-Vorwurf gegen Bezirksfaktion“

Diese ganze traurige Angelegenheit führt einem leider wieder einmal vor Augen, wie sehr immer häufiger über die Interessen und den erklärten Willen der Bürger und Wähler hinweg entschieden wird. Da fragt sich doch jeder normale Mensch, wie das dann angehen kann. Politiker, die nicht begreifen wollen, dass eine wachsende Zahl von Bürgern sich nicht mehr von ihnen bevormunden lassen will, sondern auf ihr Recht auf Beteiligung pocht, zeigen in meinen Augen nur wenig Demokratieverständnis.

Edith Aufdembrink

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Weitere Briefe auf [www.abendblatt.de](http://www.abendblatt.de)

Schreiben Sie an [briefe@abendblatt.de](mailto:briefe@abendblatt.de) oder per Post an das Brieffach 2110, 20350 Hamburg

## PRESSESCHAU

## Zum Ringen um den EU-Haushalt

Wenn EU-Mitgliedsländer sparen müssen, während Europa sich immer noch ein bisschen mehr gönnst, dann ist das den Bürgern nicht mehr zu vermitteln. Hinzu kommt, dass womöglich mehr als 11 000 EU-Beamte höhere Gehälter bekommen als so mancher Ministerpräsident. Von demokratischer Kontrolle kann da kaum die Rede sein.

DE TELEGRAAF, AMSTERDAM

## Zu den Protesten in Tunesien

Tunesien geht auf die Straße wie vor zwei Jahren, Ägypten entdeckt jetzt, dass die Muslimbrüder ihren eigenen Plan für die Zeit nach den Protesten auf dem Tahrir-Platz haben. Der neue libysche Premierminister Ali Seidan bekommt zwar den Beifall des Westens, aber er hat noch einen weiten Weg vor

sich, bis er das unregierbare Erbe kontrollieren kann. Syrien ist noch weit vom Ziel entfernt. Es braucht Zeit, erinnern die Revolutionäre der ersten Stunde immer wieder. (...) Trotz des Vormarsches der Islamisten und der Rückschläge für die demokratischen Träume senden die Länder, die vom rebellischen Wind des Jahres 2011 durchweht werden, kleine positive Zeichen.

LA STAMPA, TURIN

Kurzfristig lässt sich (in Tunesien) schon eine Lähmung des heiklen Prozesses zur Bildung einer neuen Verfassung sowie eine Zunahme der Gewalt zwischen Muslimen und Laizisten vorhersagen. Das sind sehr schlechte Nachrichten für eine Revolution, die zum Muster ausgerufen wurde, dem Nachbarländer wie Ägypten oder Libyen gefolgt sind.

EL MUNDO, MADRID